

**Die Rolle EU in einer veränderten Welt:
Die EU braucht eine Zukunft mit den Säulen
Wirtschafts- und Währungsunion auf der Basis einer
Politischen Union.**

Juli 2018

Von Prof. Dr. Rudolf Hickel

Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)



Universität Bremen



Im Überblick: In einer sich verändernden Welt – eine sich verändernde EU

1. Drohender Paradigmenwechsel der Weltpolitik und Weltwirtschaft

- * Ende der regelbasierten Weltwirtschaft?
- * Politische Gestaltung der Globalisierung am Ende?
- * Vom Multilateralismus zur Renationalisierung?

- + Trumps „**America First**“
 - Irrationale US-Politik gegen den seit Jahren wirkenden ökonomischen Bedeutungsverlust der USA
 - Innere Renationalisierung auf das „amerikanische Volk – nach außen die Welt als Arena für (scheinbar) nationale Interessen
 - Statt regelbasierter Weltwirtschaft – Gefahr von Handelskriegen

- + Rolle **Chinas**: wachsende ökonomische Dominanz mit aggressiver Konkurrenz in der Welt

- + Gefährlicher Isolationismus gegenüber **Russland** (bei Abhängigkeit von Energielieferungen)

Sozial-ökonomische Ursachen der Renationalisierung am Beispiel der USA

- * Globalisierungsideologie von für alle stiftenden Wohlstand geplatzt
- * Reale, soziale Abstiegsängste („weiße Arbeiterklasse“, „Rust Belt“, Landbevölkerung)
- * Instrumentalisierung für eine Politik – allerdings ohne Erfolg – im Dienste der Nation (auch mit Fake News und alternativen Fakten etwa zu den Ursachen der Handelsbilanzdefizite)

2. Wachsende Risiken und Blockierungen der Vergemeinschaftung in der EU

Grundproblem: Krisenwahrnehmung verdeckt Erfolge des Integrationsprozesses

- * **Eurokrise:** Absturz des Euros ausgeblieben, recht stabile Geld- und Währungspolitik (Beispiele: Inflation unter 2%, Euro weltweite Anlage- und Reservewährung)
- * **Profiteure** der EU-Gemeinschaftspolitik (etwa regionale Strukturpolitik) ökonomisch schwache Länder, die Nutznießer sind.
- * Kritik der **demokratischen Basis:** Europaparlament verzeichnet Bedeutungsgewinn

Tendenz zur Renationalisierung bedroht die Stabilität und Zukunft der EU

- * Brexit: Nachteile für GB und die EU
- * Osteuropäische Länder – etwa ungarische Regierung: Nationalismus gegen „Geist“ der EU-Verfassung
- * Rechtspopulismus und Rechtsnationalismus (Frankreich, Italien, Österreich, auch in Deutschland)

Sozial-ökonomische Defizite der Politik der EU und der jeweiligen Mitgliedsländer:

- * unzureichende Politik für sozial-ökonomische Stabilität durch mehr Gerechtigkeit
- * Schrumpfende Mittelschicht, Abstieg in den Niedriglohnsektor (in Deutschland Hartz IV)
- * Aufstand der Verlierer gegen eine Politik in Abhängigkeit von Marktmacht auch durch Flucht zu rechtspopulistischen Parteien: Missbrauch deren sozialer Ängste

3. Versuch einer Antwort zu unserer Diskussion: Hat bzw. muss die EU eine Zukunft haben?

- * Das Projekt EU seit seiner Gründung mit seinen vielen krisenhaften Etappen und am Ende benennbaren Erfolge offenlegen!
- * Kosten-Nutzen-Analyse zum Gesamtsystem EU und deren Mitgliedsländer – auch für Deutschland
- * Defizite in den Bereichen der Vergemeinschaftung benennen und abbauen:
 - Harmonisierung der Steuerpolitik (Bekämpfung Steuerkriminalität, Steuervermeidungspolitik von multinationalen Konzernen wie Amazon, Google)
 - EU als Finanzmarktunion gegen den Spekulationskapitalismus (Finanztransaktionssteuer)
 - EU als Sozialunion und Union für gute Arbeit (Tarifvertragssystem / Mitbestimmung)
 - EU als nachhaltig wirkende Umweltunion
- * EU als **Politische Union** in der Weltpolitik und Weltwirtschaft: EU wird gegen den weltweiten Prozess des Dominanzgewinns nationalstaatlicher Interessen dringender denn je gebraucht

Weitere Abfolge der Präsentation:

Im Zentrum steht die bisher erfolgreiche Geschichte der EU- Wirtschafts- und Währungsunion. Sie ist der EU als Politische Gemeinschaft und als Garant für Friedenspolitik untergeordnet.

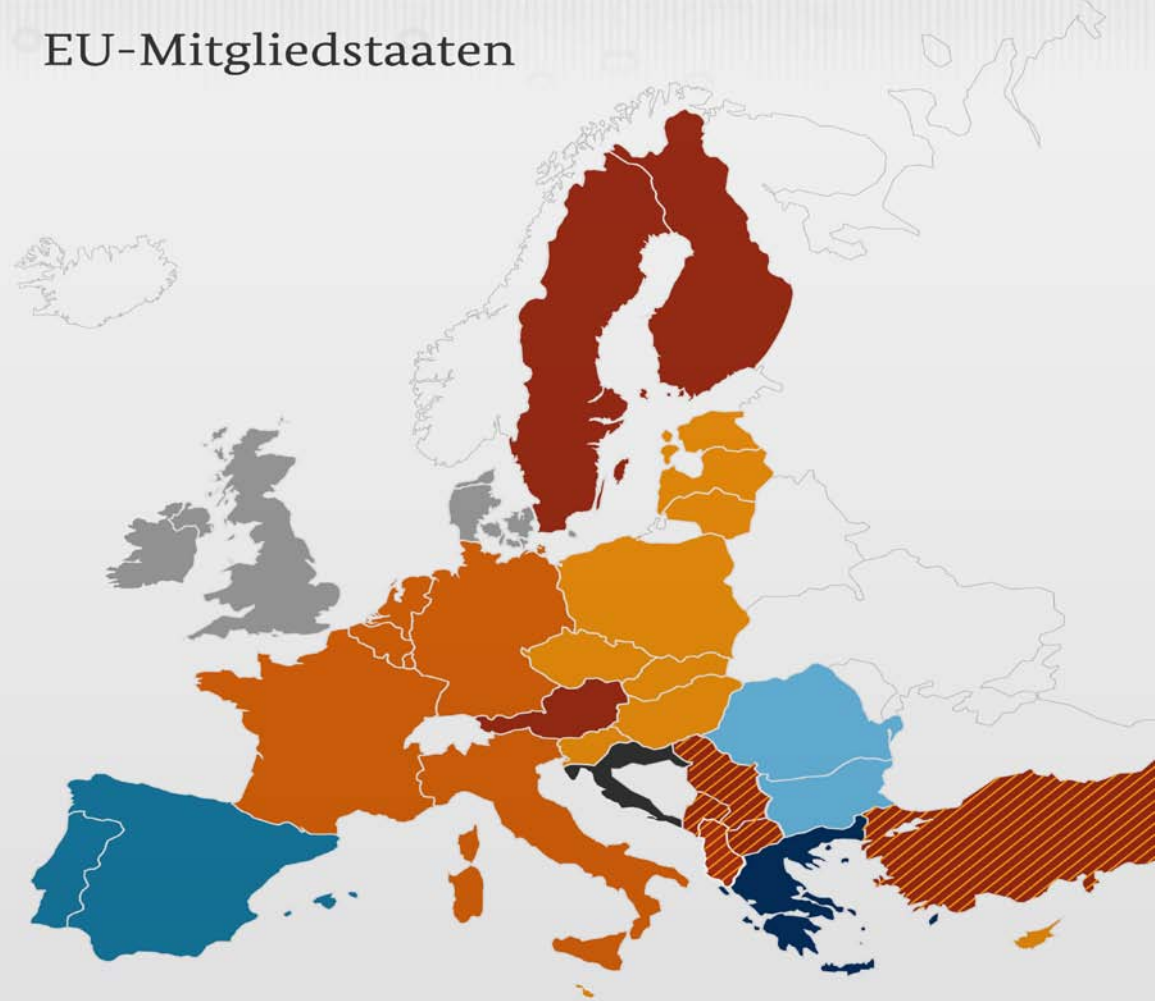
28 EU-Mitgliedsländer (noch vor dem Brexit)

Im Jahr 2017:

- * Einwohner über 510 Millionen
- * Bruttoinlandsprodukt 2017: 17.512 Mrd. €
- * Anteil von über 16,5 % (Kaufkraftparitäten) Welt-BIP; Zweitgrößte Volkswirtschaft
- * Erwerbstätige 218,1 Mio.
- * Arbeitslosigkeit 18,8 Mio. (regional unterschiedlich verteilt)
- * Arbeitslosenquote 7,8%
- * Wirtschaftswachstum: 2,3 % Prognose 2018
- * Inflation (HVPI) im Euroraum : 1998-2017 im Durchschnitt 1,71 %
- * Euro mit 20,2% Anteil an der internationalen Reservehaltung von Währungen (Platz auf der Weltrangliste)
- * Euro-Wechselkurs zum US \$:

Lebenserwartung (2016)
Frauen 83,6 / Männer 75,2

EU-Mitgliedstaaten



● Gründungsmitglieder 1958:
Deutschland, Frankreich, Italien,
Niederlande, Luxemburg, Belgien

● Beitritt 1973: Großbritannien, Irland,
Dänemark

● Beitritt 1981: Griechenland

● Beitritt 1986: Spanien, Portugal

● Beitritt 1995: Österreich, Schweden,
Finnland

● Beitritt 2004: Polen, Ungarn,
Tschechien, Slowakei, Slowenien,
Estland, Lettland, Litauen, Malta,
Zypern

● Beitritt 2007: Bulgarien, Rumänien

● Beitritt 2013: Kroatien

● Beitrittskandidaten: Albanien,
EJR Mazedonien, Montenegro,
Serbien, Türkei

Die Römischen Verträge



Vor 60 Jahren – am 25. März 1957 – unterzeichneten Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschafts- sowie Atomgemeinschaft.

Der lange Weg von den Römischen Verträgen 1957 bis zum

„Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEU-Vertrag)

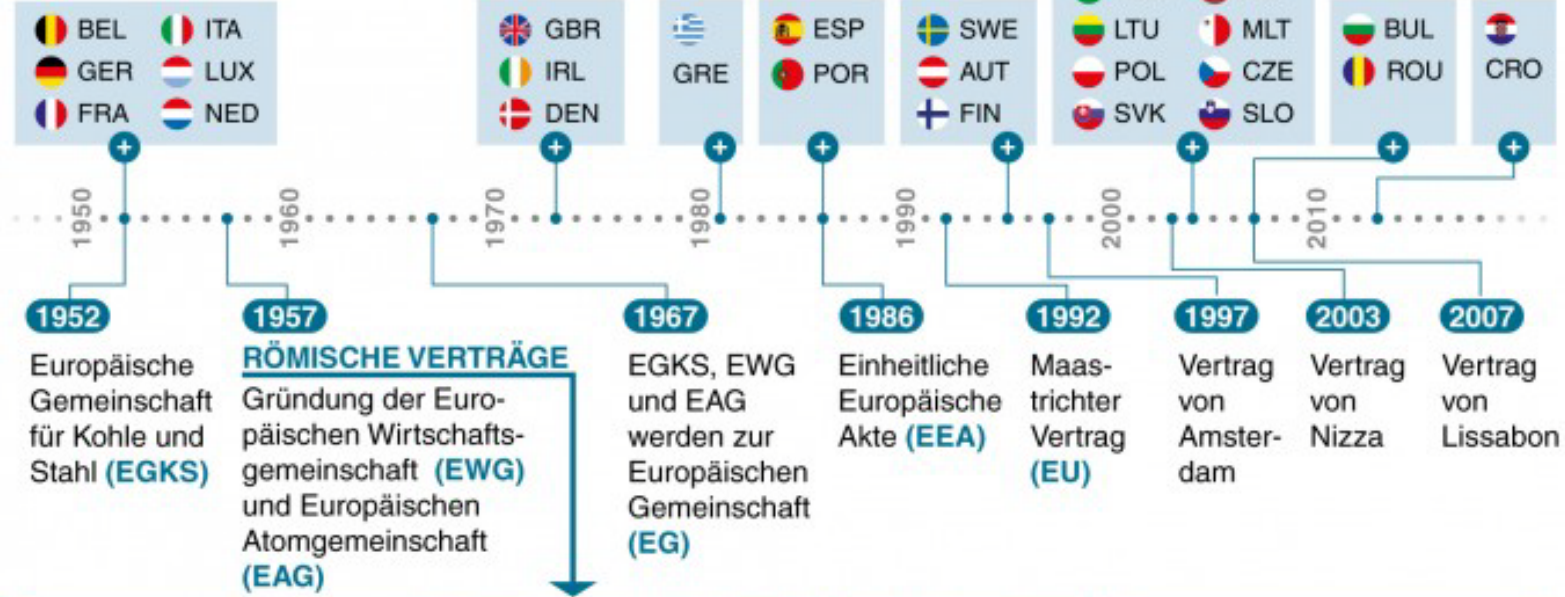
Namenswechsel

* Römische Verträge vom 25.3.1957: „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ = **EWG**

* Ab 1.12.1993 mit **Maastrichter Vertrag**: EWG in **EG** umbenannt (eine der drei Säulen)

* Ab 1.12.2009 mit Lissabonner Vertrag offizieller Name: **EU**

Seit dem 1.12.2009 Umbenennung in „**Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union**“ (AEU-Vertrag)



| ZENTRALE INHALTE DER RÖMISCHEN VERTRÄGE | | | |
|---|--|--|--|
| EWG | <ul style="list-style-type: none"> • gemeinsamer Außenzoll • freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr • gemeinsame Außenhandelspolitik | | EAG |
| Errichtung eines gemeinsamen Marktes | | | <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau und Entwicklung einer gemeinsamen Atomindustrie • Zusammenarbeit bei friedlicher Nutzung der Atomenergie |

ABKOMMEN ÜBER GEMEINSAME ORGANE

Zentrale Organe der EGKS werden übernommen

EGKS

Besonderer Ministerrat

Hohe Behörde

Versammlung

EWG

Rat der nationalen Minister

Kommission

gemeinsame Versammlung der EWG und EAG

EAG

Rat der nationalen Minister

Kommission

EU

Rat der EU (Ministerrat)

EU-Kommission

Europäisches Parlament

Wirtschafts- und Währungsunion

Europa der zwei Geschwindigkeiten:

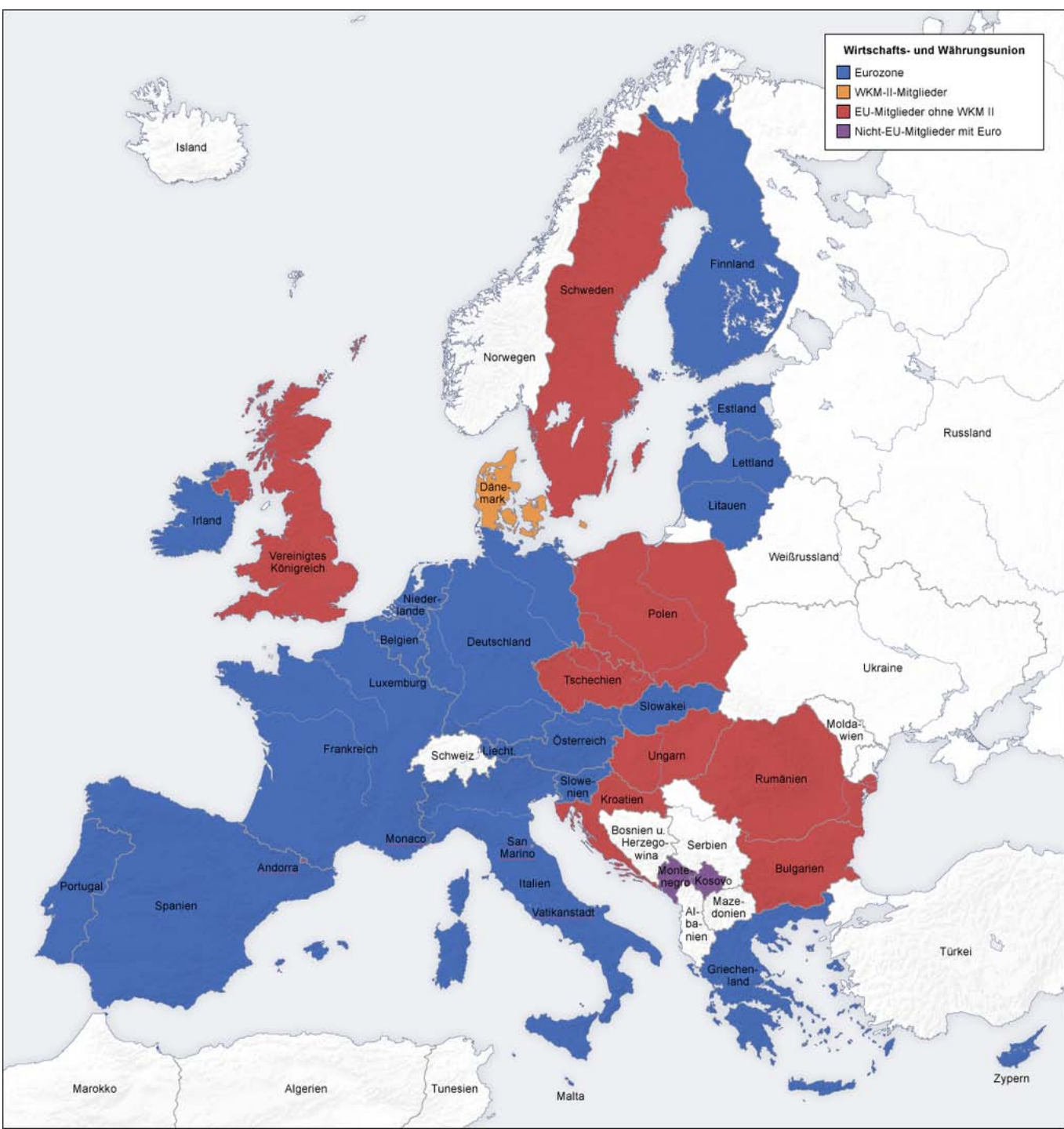
28 Mitgliedsländer in der EU
(mit GB, vor Brexit)

19 Mitgliedsländer im
Eurowährungssystem
(etwa ohne Schweden)

Voraussetzungen für Euro-Mitgliedschaft:

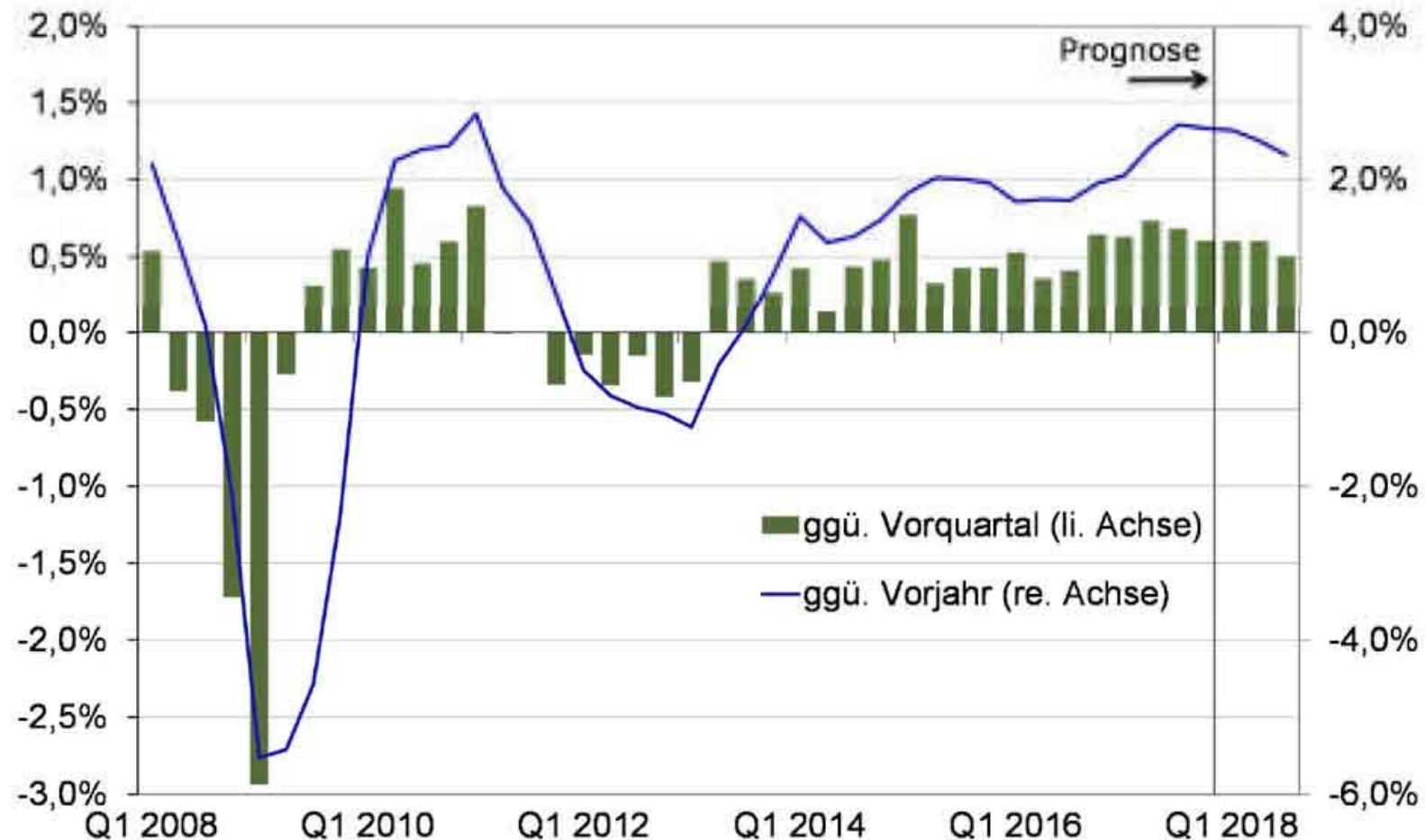
Mindestanforderungen an ökonomisch-fiskalische Konvergenz (etwa Schuldenkriterien)

338,6 Millionen Europäer bezahlen täglich mit der gemeinsamen Währung, die 19 der 28 EU-Länder bereits eingeführt haben.



Nach dem Absturz in der Finanzmarktkrise hat sich das Wirtschaftswachstum stabilisiert!
Im Jahr 2018 wird ein Wirtschaftswachstum vom 2,3% erwartet.

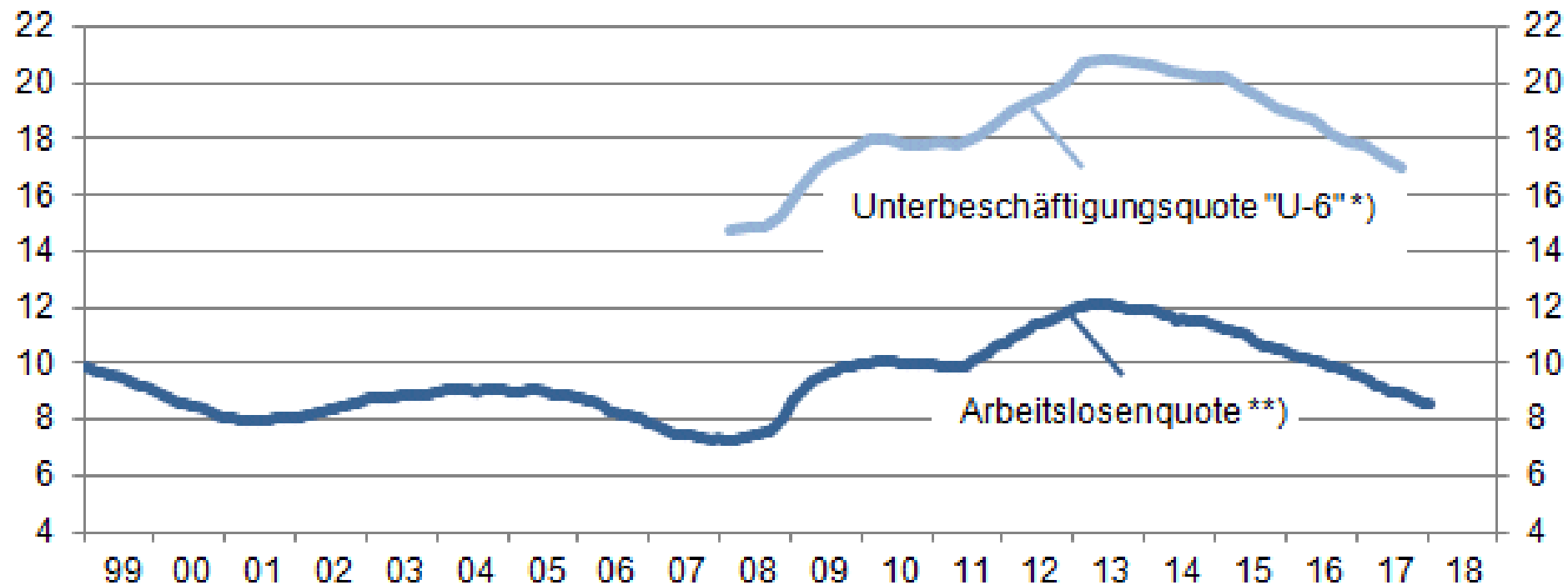
Bruttoinlandsprodukt Euroraum (saison- und arbeitstäglich bereinigt)



Quelle: Eurostat und Ifo-Istat-KOF Prognosen

Unterbeschäftigung im Euroraum

Prozent



*) erfasst sind die gemeldeten Arbeitslosen plus die Arbeitnehmer, die dem Arbeitsmarkt vorübergehend nicht zur Verfügung stehen plus Teilzeitbeschäftigte, die Vollzeit arbeiten wollen; saisonbereinigte Quartalszahlen; keine Daten vor 2008Q1 verfügbar – **) gemeldete Arbeitslose nach ILO-Definition; saisonbereinigte Monatszahlen

Quellen; Eurostat; eigene Berechnungen

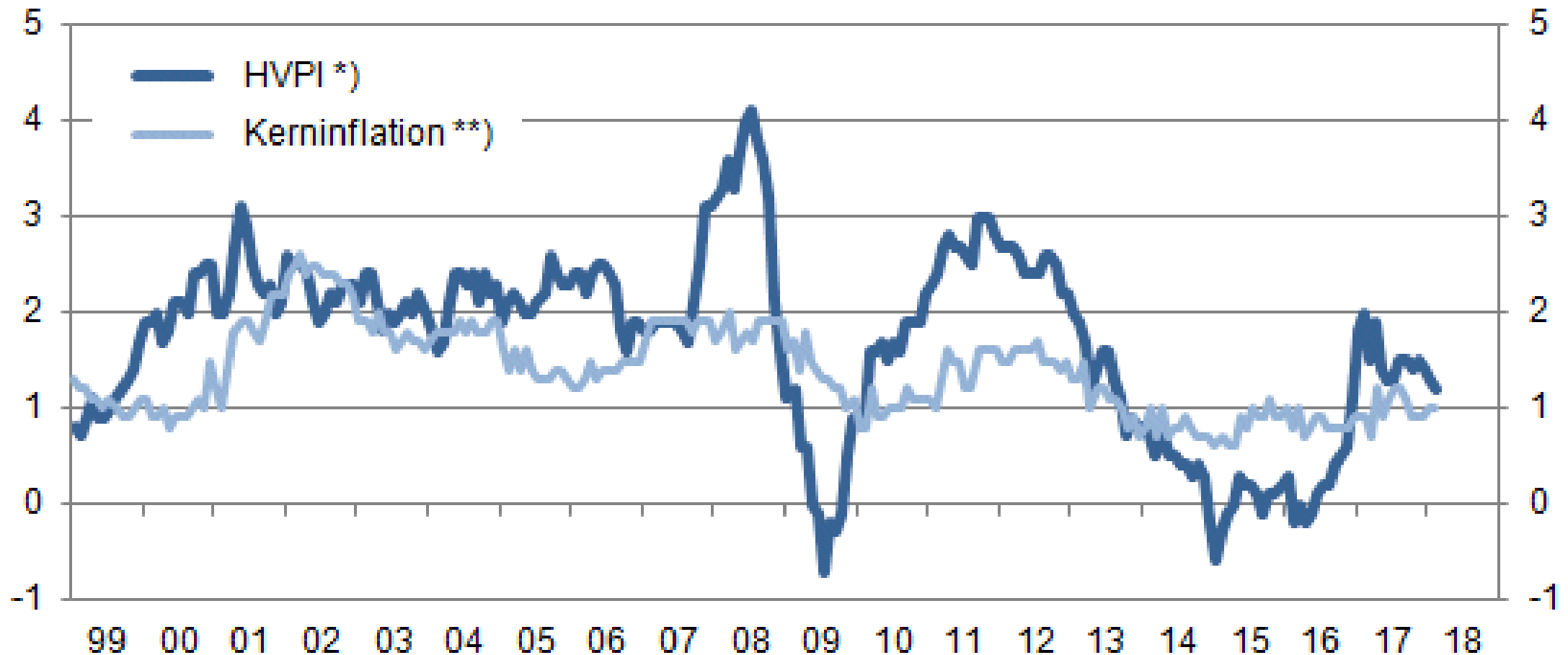
©UR

Gesamte Inflationsrate (HVPI) seit 2013 unter der Zielgröße von weniger als 2%

Inflationsrate seit dem Start 1999 im Durchschnitt bei 1,71%

Inflation im Euroraum

in Prozent gg. Vj.



*) Harmonisierter Verbraucherpreisindex – **) HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Tabak

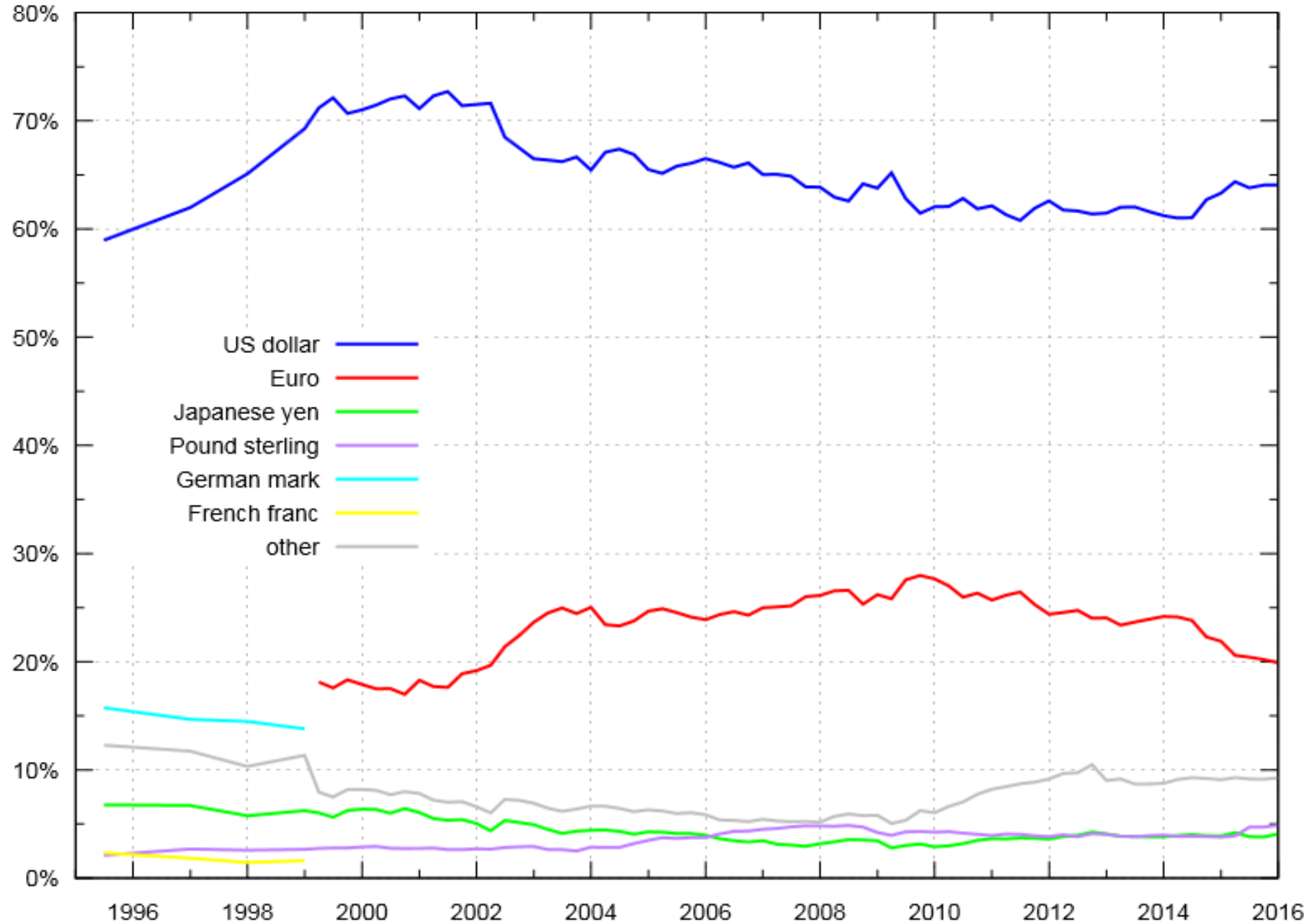


EURO/US\$-Kurs
vom 11.-15. Juni 2018
im Durchschnitt: 1,15742



International gebräuchliche Reservewährungen (Angaben in Prozent)

Euro als attraktive Reserve- und Anlagewährung



**Euro gewinnt
an Bedeutung
als Leitwährung**

Anteile 2017
(IV. Quartal)

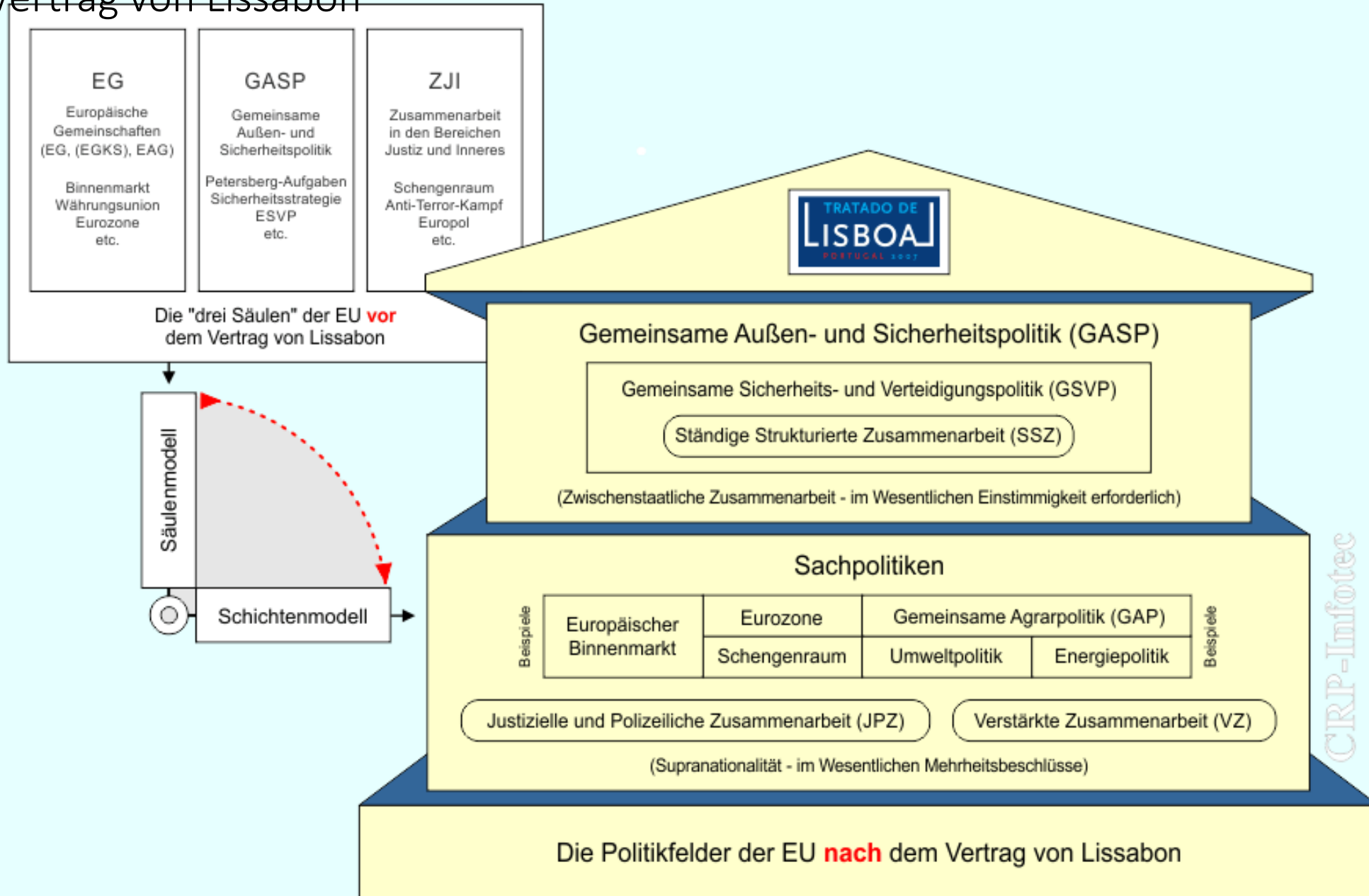
USA 62,7%

Euro 20,2%

Jap. Yen 4,9%

GBP 4,5%

Vertrag von Lissabon



Voraussetzung für die Wirtschafts- und Währungsunion: Die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes

1986 Unterzeichnung der „Einheitlichen Europäischen Akte“; seit 25 Jahren: Handelsvolumen von 3 000 Mrd. € über die Jahre ausgelöst; 1992- 2006 Zuwachs des BIP um 2,2% und Arbeitsplätze von 2,75 Mio.: *Heute wichtig als einheitliches Zollgebiet und damit Gemeinschaftspolitik gegenüber den USA!*

| Freier Waren- verkehr | Freier Personen- verkehr | Freier Dienst- leistungsverkehr | Freier Kapital- verkehr |
|--|---|--|--|
| Wegfall von Zöllen und Kontrollen | Wegfall von Personenkontrollen an den Grenzen | EU-weites Angebot von Versicherungs- leistungen | Freie Geld- und Kapital- bewegungen |
| Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von Normen | Niederlassungs- und Beschäfti- gungsfreiheit | EU-weites Angebot von Transport, Energie- und Tele- kommunikations- leistungen | gemeinsamer Markt für Finanz- leistungen |
| Gewährleistung eines freien Wett- bewerbs | Anerkennung von Abschlüssen | Handwerk, Tourismus | Liberalisierung des Wertpapier- verfahrens |

➤ Schwerpunkt Währungsunion – Ein historischer Überblick

- ❖ Pierre Werner-Plan: 1970 vorgelegt, in drei Stufen: Ziel bis 1980 in drei Stufen eine Wirtschafts- und Währungsunion, harmonisierte Wirtschafts-, Steuer- und Währungspolitik, spätestens 1973 komplett gescheitert, abgebrochen.
- ❖ Währungsschlange / Währungstunnel: Ab 1973 lassen wichtige EG-Mitgliedsländer ihre Währungen gegenüber dem Dollar schwanken
- ❖ Vorläufer: **Europäisches Währungssystem (EWS)**
1978 in Bremen konzipiert (Wechselkursmechanismus I, **WKM I**)

Gestartet zum 1.1. 1979; abgelöst durch Maastrichter Vertrag
1.1.1990 (Fortsetzung als Wechselkursmechanismus, **WKM II** etwa für Dänemark)
- ❖ Das **Konzept der Delorskommission** von 1989: Drei Stufen mit zwei Säulen: Monetäre & wirtschaftliche Integration.
- ❖ **Maastrichter Vertrag** 1990/92: Verengung auf Binnenmarkt + Monetarismus (Währungsunion).
Die knappe Zeitachse zur Vorbereitung und Auswahl der Mitgliedsländer:
1.1. 1999: **Start des Euro** (zunächst als virtuelle Währung)
1.1. 2002: **Euro-Münzen und –Banknoten** werden endgültig als Zahlungsmittel eingeführt.

Am 5. Juli 2018 vor vierzig Jahren in Bremen

1. Vor **vierzig Jahren**, am 5./6. Juli 1978, hat der EG-Gipfel in Bremen getagt und das „**Bremer Paket**“ vor allem über die deutsch-französische Achse mit Helmut Schmidt und Valéry d'Estaing geschaffen.
2. Die Grundlagen eines **EG-Wechselkursmechanismus** (WKM I) mit Interventionspflicht der beteiligten Notenbanken wurden geschaffen: Fixe Wechselkurse mit Schwankungsmargen wurden zwischen den Mitgliedsländern vereinbart
3. Dieses WKM I hat **schwere Krisen** durchlebt (vor allem die durch Soros inszenierte Spekulationskrise gegen das britische Pfund 1992); insgesamt 17 mal mussten die fixen Wechselkurse durch Realignments geändert werden.
4. Mit diesem Wechselkursmechanismus haben sich die wichtigen Währungen im EG-Raum von der zuvor geltenden **US \$-Dominanz** emanzipiert.
5. Durch das tagtägliche Zusammenspiel der beteiligten **Notenbanken** (Monitoring) ist die geldpolitische Handlungsfähigkeit des EWS ab dem 1.1.1999 entwickelt worden.
6. **EWS** in **Euro-Währung** übergegangen: Ende EWS am 31.12. 1998

Euro zu DM auf der Basis des am Ende festgesetzten ECU: **1 EUR = 1,95583 DM**

Wie geht es weiter?

Der Delorsplan von 1988/1989 mit drei Stufen und zwei Säulen: Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik / Maßnahmen im Bereich der Währungspolitik

Drei Stufen Plan zur Schaffung der Währungsunion:

1. Stufe (Beginn am 1. Juli 1990):

- Liberalisierung des Kapitalverkehrs,
- Verstärkung der währungspolitischen Koordination,
- Vorbereitung der Vertragsänderungen

2. Stufe (Beginn 1994)

- Gründung des europäischen Systems der Zentralbanken

3. Stufe (Beginn 1999)

- Unwiderruflich fixierte Wechselkurse
- Einheitliche Währung

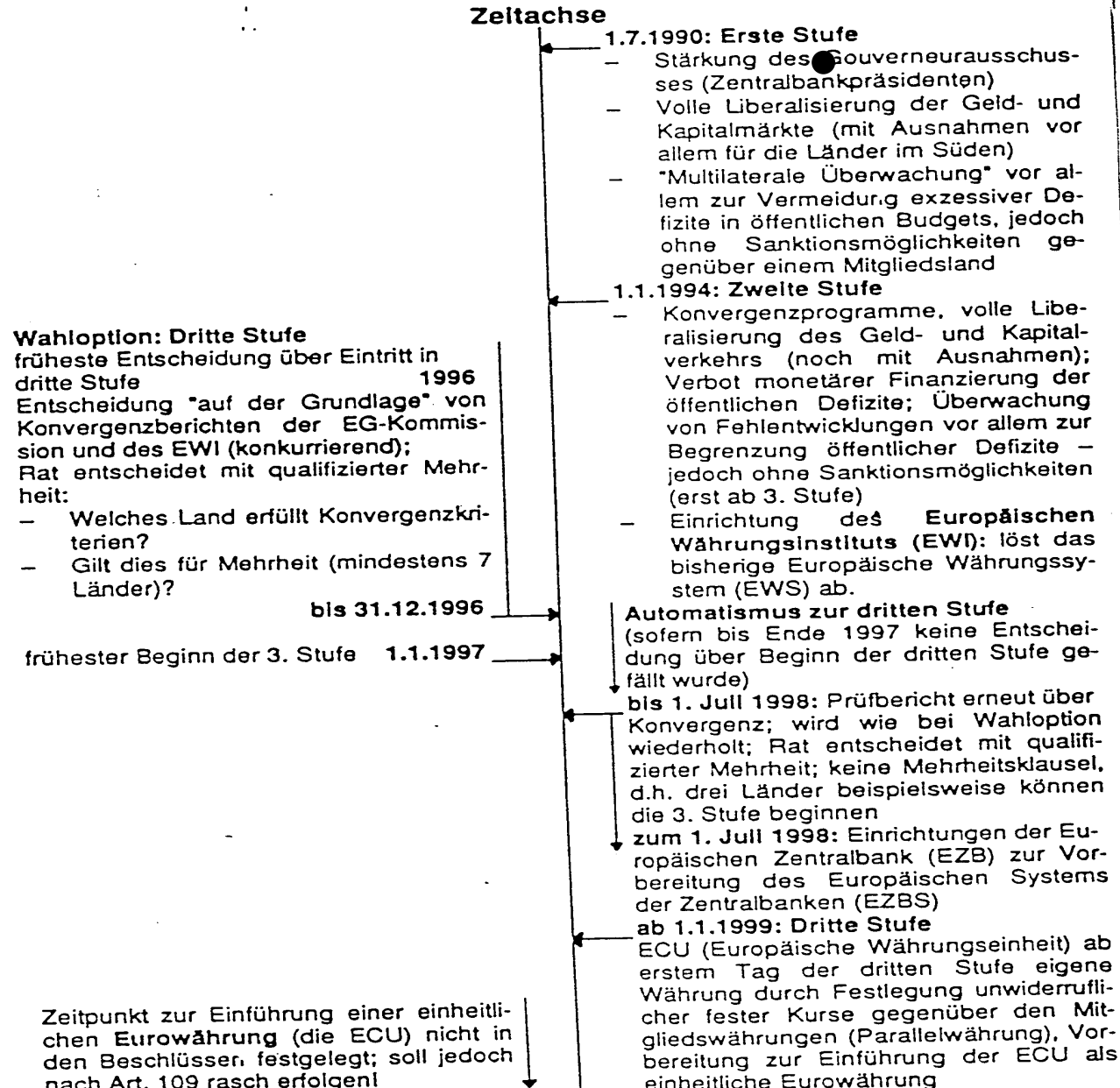
Für die Teilnahme an der 3. Stufe mussten die Konvergenzkriterien erfüllt werden:

- Preisstabilität
- Kein übermäßiges Haushaltsdefizit
- Im EWS 2 Jahre keine Wechselkursspannungen ausgelöst haben
- Langfristiger Zinssatz darf höchstens um 2% höher als in den preisstabilsten Ländern liegen.

Instrumente:

Überwachung der Haushaltslage einzelner Staaten durch Kommission und Rat

Ablaufskizze zur Schaffung der EG Wirtschafts- und Währungsunion nach den Beschlüssen von Maastricht



**Zeitachse
zur Realisierung
des Maastrichter
Vertrags (1992):**
Ziel: Mit der
einheitlichen
Währung Zusammen-
wachsen beschleunigen!

- * zu schnell
- * unzureichende Konvergenz

Alternative: Krönungstheorie

Defizite bei der Schaffung der WU

1. Maastrichter Vertrag: Reduktion auf Binnenmarkt + Währungsunion.
2. Automatismus: zum 1.1. 1998 „unwiderrufliche Wechselkurse“ (31.12. 1997: 1 € = 1,95583 DM).
3. Fünf Konvergenzkriterien ausschließlich auf Geldwertstabilität ausgerichtet: *Vergemeinschaftung der staatlichen Schuldenpolitik* reduziert auf die Eindämmung der Geldentwertung (maximal 3% Neuverschuldungen und 60% Gesamtschulden bezogen auf BIP).
4. Gesamtwirtschaftliche, wirtschaftsstrukturelle Konvergenzkriterien nicht berücksichtigt: Produktionspotenzial, internationale Konkurrenzfähigkeit, Außenhandelsungleichgewichte, Steuersysteme, Arbeitslosigkeit, Nachhaltigkeitskriterien.

Fortsetzung: 1.Systemische Defizite bei der Schaffung der EWU.....

5. Verzicht auf eine institutionelle Regelung bzw. einen Mechanismus für Mitgliedsländer in der Krise / Insolvenz.

* Der Fall Griechenland ist mit dem Maastrichter Vertrag nicht einmal angedacht worden.

* Verdrängung des Insolvenzfalls mit der „No-bail-out-Klausel“.

6. Marktintegration statt Ausbau zu einer politischen Union.

Derzeit EU im Prozess des Lernens aus den Gründungsfehlern: Eurolandentwicklung scheitert derzeit an der gestalteten Transfer – und Haftungsunion .

Die ökonomischen Folgen der monetären Reduktion: Spaltung des Euroraums:

- Wirtschaftliche Entwicklung: massives Wachstumsgefälle
- Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte: Defizitländer in der steigenden Auslandsverschuldung
- Wettbewerb im Währungsraum mit Lohnstückkosten
- Krisenstaaten in der Schuldenfalle: Zahlungsunfähigkeit
- Spekulativ hochgetrieben Zinssätze in den Krisenstaaten

Eurosystem in der Krise:

Der Beinah-Absturz Griechenlands

- * Überschuldung (Staatsschulden 2012 über 160% des Bruttoinlandsprodukts)
- * Zahlungsunfähigkeit: Tilgung und Zinszahlungen nicht mehr aufbringbar.
- * Spekulationen durch die Finanzmärkte auf den Absturz des Eurosystems treibt Kapitalmarktzinsen nach oben.

Verhinderung des Eurozusammenbruchs

1. Gegenreaktion der EZB über Versorgung mit billiger Liquidität („What ever it takes“)

2. Rettungsfonds EFFS bzw. ESM

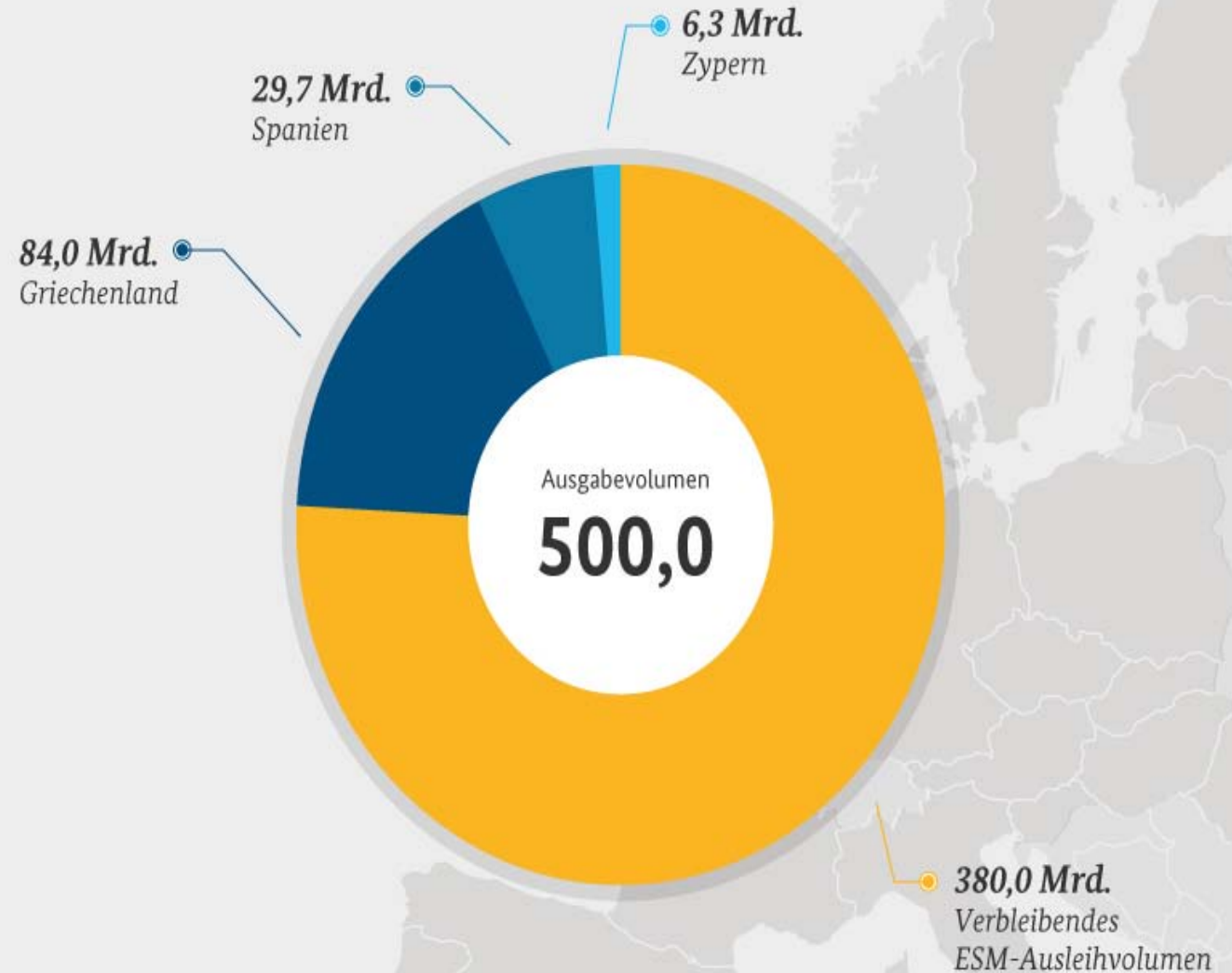
3. Griechenland mit dem Ende der dritten Kreditlinie ab Juli 2018 auf dem Weg zur Kapitalmarktfähigkeit.

Schwere Fehler:

- * Verzicht auf Schuldenschnitt
- * Staatsausgabenkürzungen
- * Belastung der Wirtschaft; wachsende Armut
- * die Wirtschaftsstruktur stärkendes Programm leider Fehlanzeige (Aufbau der Konkurrenzfähigkeit, Exportsektor)

Belegung des ESM-Ausleihvolumens

(insgesamt 500,0 Mrd. Euro)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Lohnt sich der Euro? Vom Nutzen der Eurowährung

1. **Stabiler Binnenwert** (HVPI): 1993 bis 2017 im Durchschnitt 1,71% p.a.
In diesem Zeitraum D-Mark 2,2%. Derzeit eher Deflation.
2. **Attraktiver Außenwert** – allerdings stark volatil: \$/€-Wechselkurs
oszilliert derzeit um 1,18 \$/€ (Spitzenwert Ende 2010: 1,50 \$/€)
3. **Anerkannte Anlagewährung**: Weltweiter Anteil an den relevanten Reservewährungen knapp 20,5 % (insbesondere in China)
4. Sinkende **Transaktions- und Koordinationskosten**
5. Wichtig: Ausschluss von **Spekulationskosten** im Euroraum
6. **Was kostet die Euro-Auflösung in Deutschland**: Massive Aufwertung der Währung (Importe werden billiger, aber Exporte teurer), wirtschaftlicher Einbruch, Verlust an Arbeitsplätzen

Tag X: Was kostet das Auseinanderbrechens der Eurowährung?

- **Direkte Verluste** der Gläubiger: EZB, Banken, Versicherungen und Fonds: Für Deutschland geschätzt 3,3 Bio. € (120% des BIP/SVR).
 - Problemländer sind zahlungsunfähig.
 - **Indirekte Folgen:** Aufwertung der DM bzw. neuer Hart-Euro
 - Schäden für die Exportwirtschaft: 40% der deutschen Exporte in Euroländer (3 Mio.Jobs); 67% der Exporte in Euro abgewickelt
 - Erste Schätzungen über Wachstumseinbruch: im ersten Jahr um 10% und Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 5 Mio.€;
steigende Haushaltsdefizite.
 - Wechselkursinstabilität und Spekulationen auf Währungen:
Störung des Binnenmarktes
 - Anstieg der Transaktions- und Informationskosten (auch für Reisen)
- * **Schwere Belastung der EU:** Auch Gefahr des Auseinanderbrechens der politischen Achse Frankreich und Deutschland

Wer hat den Euro gerettet?

1. Die entschiedene Politik der Europäischen Zentralbank

Geldpolitik gegen Spekulanten im Eurosystem

Draghis Ceterum censeo (... Carthaginem esse delendam”)

Am 26. Juli 2012 in London vor einer kleinen Gruppe weltweit für die Finanzmärkte relevanter Investoren: *Whatever it takes!* (“...was auch nötig ist, um den Euro zu retten. Und glauben Sie mir, es wird genug sein“)

2. Die Rettungsschirme

Jedoch, gesamtwirtschaftliche Kosten der Rettung durch Austeritätspolitik in den Krisenländern viel zu hoch!

Kurswechsel zur Rettung durch Stärkung der Wirtschaft und Gesellschaft in den Krisenländern!

Der Streitpunkt Nullzinspolitik der EZB: Zum Ärger der Sparerrinnen und Sparer – zum Vorteil der Systemstabilität

Oft übersehene Voraussetzung der EZB-Politik: Einheitliche Geldpolitik im Eurowährungsraum, d.h. die Geldpolitik ist nicht nationalstaatlich teilbar: Der Leitzins gilt einheitlich beispielsweise in Berlin, Paris, Athen, Rom

Dreifache Zielsetzung für die Nullzinspolitik

- 1. Kostsenkung der Kredite zur Stärkung der Sachinvestitionen**
- 2. Politik gegen die drohende Gefahr der Deflation, Umkehr mittelfristig verankerter rückläufiger Inflationserwartungen:**
Mehr Inflation bis zur Zielinflationsrate von 2% erzeugen
- 3. *Stabilisierung* des Finanzsystems** (übernimmt auch Funktionen des immer noch nicht funktionierenden Interbankenmarktes (anhaltendes Misstrauen zwischen den Banken))

Der Instrumtenkasten

- * **Leitzins** (Hauptrefinanzierungssatz) bei 0,00% (kostenlose Liquidität für Banken)
- * **Strafzins** für Einlagen der Banken bei der EZB bei -0,40 %
- * **Anleihkaufprogramm** (Staatsanleihen, gedeckte Schuldverschreibungen, Unternehmensanleihen und ABS) bis Ende des Jahres pro Monat 30 Mrd. €; insgesamt 2,5 Bio. € bis Anfang Mai 2018
- * **Spannendes Programm**: Zielgerichtete langfristige Refinanzierungsgeschäfte (4 Jahre) mit den Banken bei Nutzung für die Kreditvergabe: Zinssatz 0%; beim Überschreiten einer Kreditvergabeschwelle gibt es Rabatte bis zu 0,4% (orientiert am Strafzins)

Wirkungsanalyse: Zielinkompatibilität : Sinkende Kreditkosten steigende fremdfinanzierte Investitionen wirtschaftlicher Expansion

Prognose: Niedrig-/Nullzinspolitik wird auch in den kommenden Jahren wegen der weltweiten Überschussliquidität andauern.

ENTWICKLUNG DER LEITZINSSÄTZE SEIT 2000

— Fed-Leitzins USA — EZB-Leitzins Eurozone in Prozent



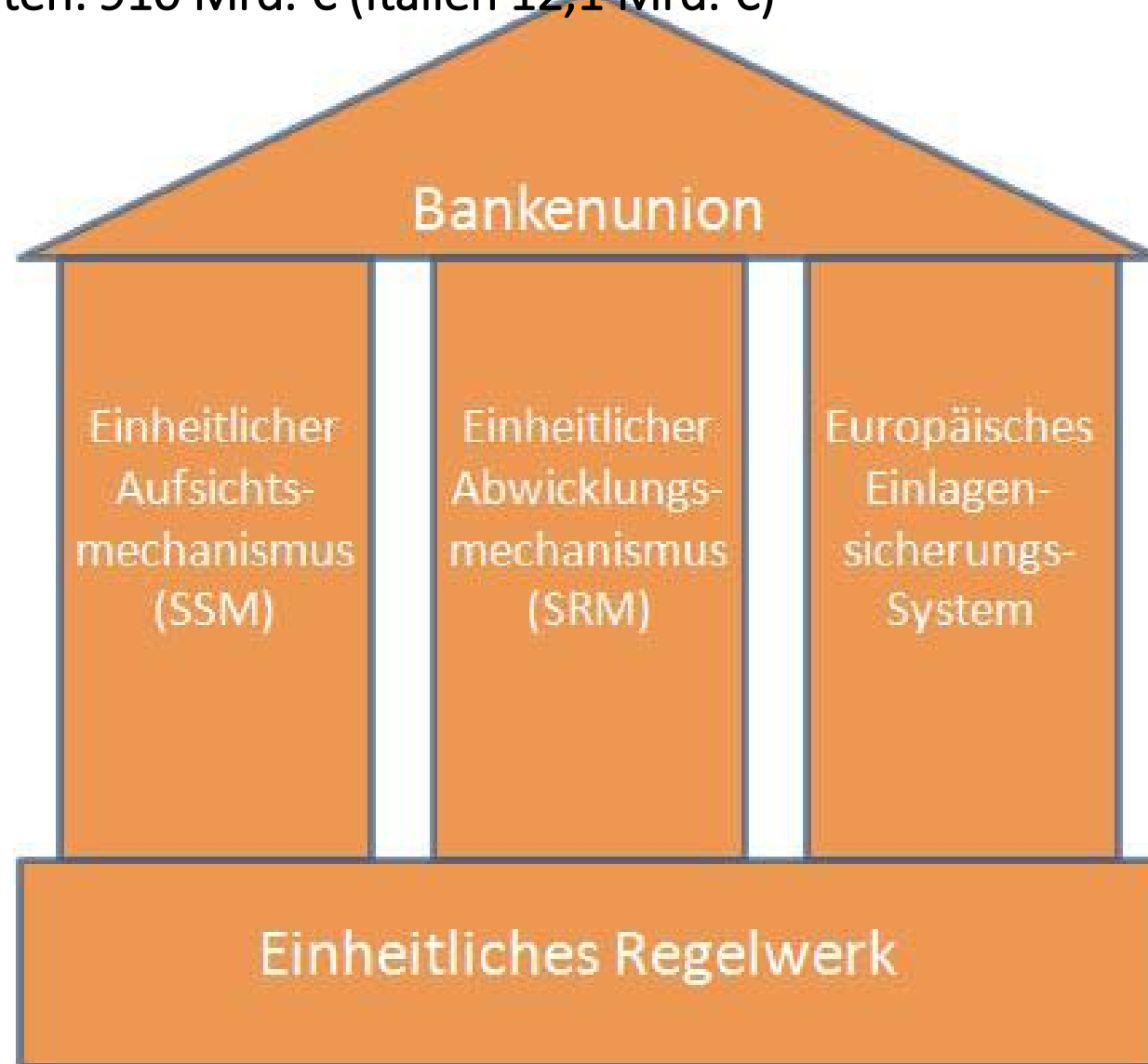
Gefährliche Nebenwirkungen: Die negativen Folgen der Null- bzw. Minuszinspolitik

1. Die durch die EZB geschaffene Liquidität wird nicht zur gewollten Kreditnachfrage, sondern zum **Kauf etwa von Finanzmarktprodukten** (vor allem Aktien) eingesetzt. Geldpolitik treibt Börsenkurse. Der Deflation auf den Warenmärkten steht eine Vermögenspreisinflation (Asset Price Inflation) gegenüber. Mit Kursabstürzen muss gerechnet werden.
 2. Die **realen Sparvermögen** verlieren an Wert („Enteignung der Sparer“):
 - * Realzinsverluste gab es auch zu Zeiten der Bundesbank
 - * Besteht kein politisch gesicherter Anspruch auf Marktzinsen
 - * Alternativkosten eines Deflationsszenarios (Jobverluste)
 - * Folge: Mindestsicherung der Altersvorsorge nicht von Finanzmärkten abhängig machen
- Achtung: **Anlageverhalten der privaten Haushalte** ändert sich in Richtung risikostärkerer Anlageformen
3. Kritik zur **ungerechten Verteilungswirkung**: Geldpolitik belastet die Kleinsparer und fördert die Vermögenskonzentration zugunsten der Reichen (Hinweis durch die Präsidentin der US-Notenbank, Janet Louise Yellen).

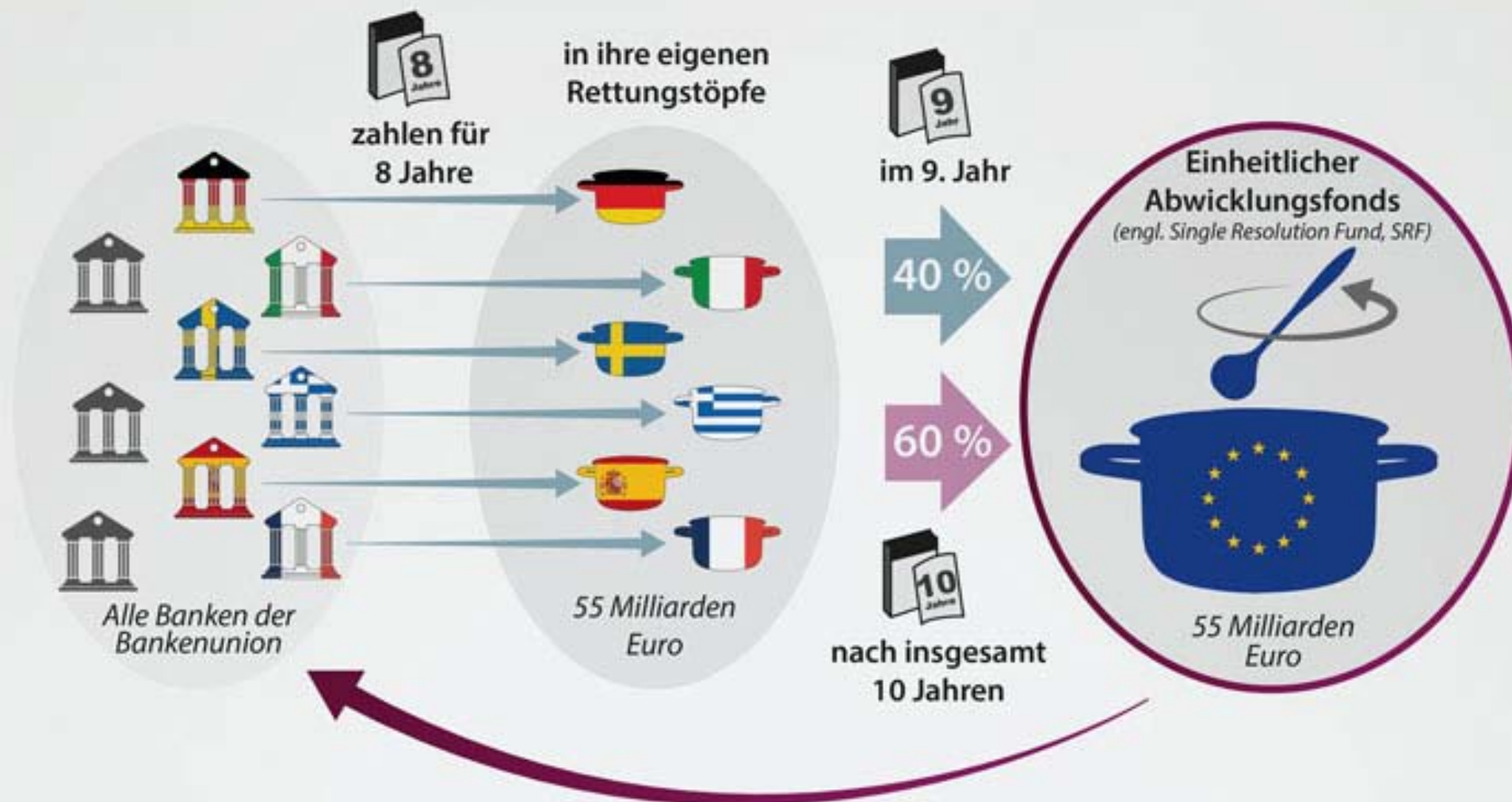
Lernfähigkeit der EU: Lehre aus der Krise des hoch spekulativen Finanzmarktsystems (Kasinokapitalismus):

Die EU ist allerdings viel zu zögerlich reformfähig!

Risiko an faulen Krediten: 910 Mrd. € (Italien 12,1 Mrd. €)



Füllung des Abwicklungsfonds SRF



Zur Rettung von Banken der Bankenunion
die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind

Wie geht es weiter? Kontroverse über die weitere Vergemeinschaftung der Finanzpolitik: Vorschläge von Macron

1. Zukunft des EU- Gemeinschaftshaushaltes

- * **Jahresbudget ca. 160 Mrd. €** (1,02 EU-BIP, soll auf 1,11 % erhöht werden)
- * **Einzahlungen nach Brexit** (ca. 11-12 Mrd. € mehr für Deutschland, MFR 2021-2017: 1,270 Bio. €)
- * **Eigene EU-Steuer?**

2. Eigenes Budget für den Euroraum (Vorschlag Macron)

3. Alternativ: EU- Investitionsfonds (Teil des EU-Gemeinschaftshaushaltes) mit ca. 25 Mrd. € in einem Fonds (allokativ ausgerichtet; für Infrastruktur)

4. Eigener Finanzminister für den Euroraum mit Entscheidungskompetenz

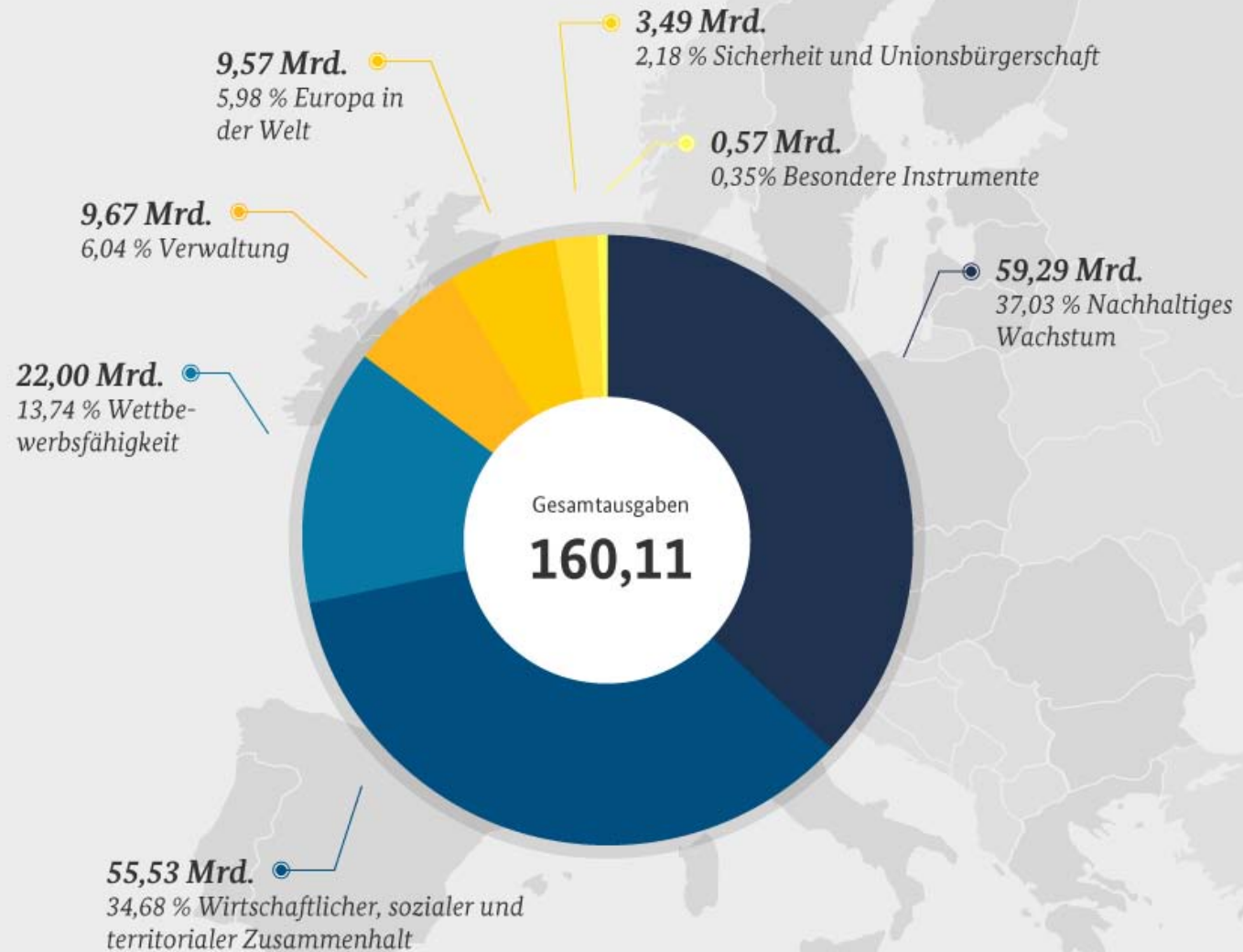
5. Ausrichtung der Finanzpolitik

- * **Vergemeinschaftung des Staatsschuldenmanagements (Schuldenschnitt, Eurobonds):**
Breite Ablehnung wegen Sorge um Transferunion
- * **Austeritätspolitik** (konditionierte Hilfen zum Abbau der Staatsschulden mit negativen Folgen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung)
Dagegen **funktional gestaltende Finanzpolitik**

- **Zusammensetzung der Einnahmen 2018:**

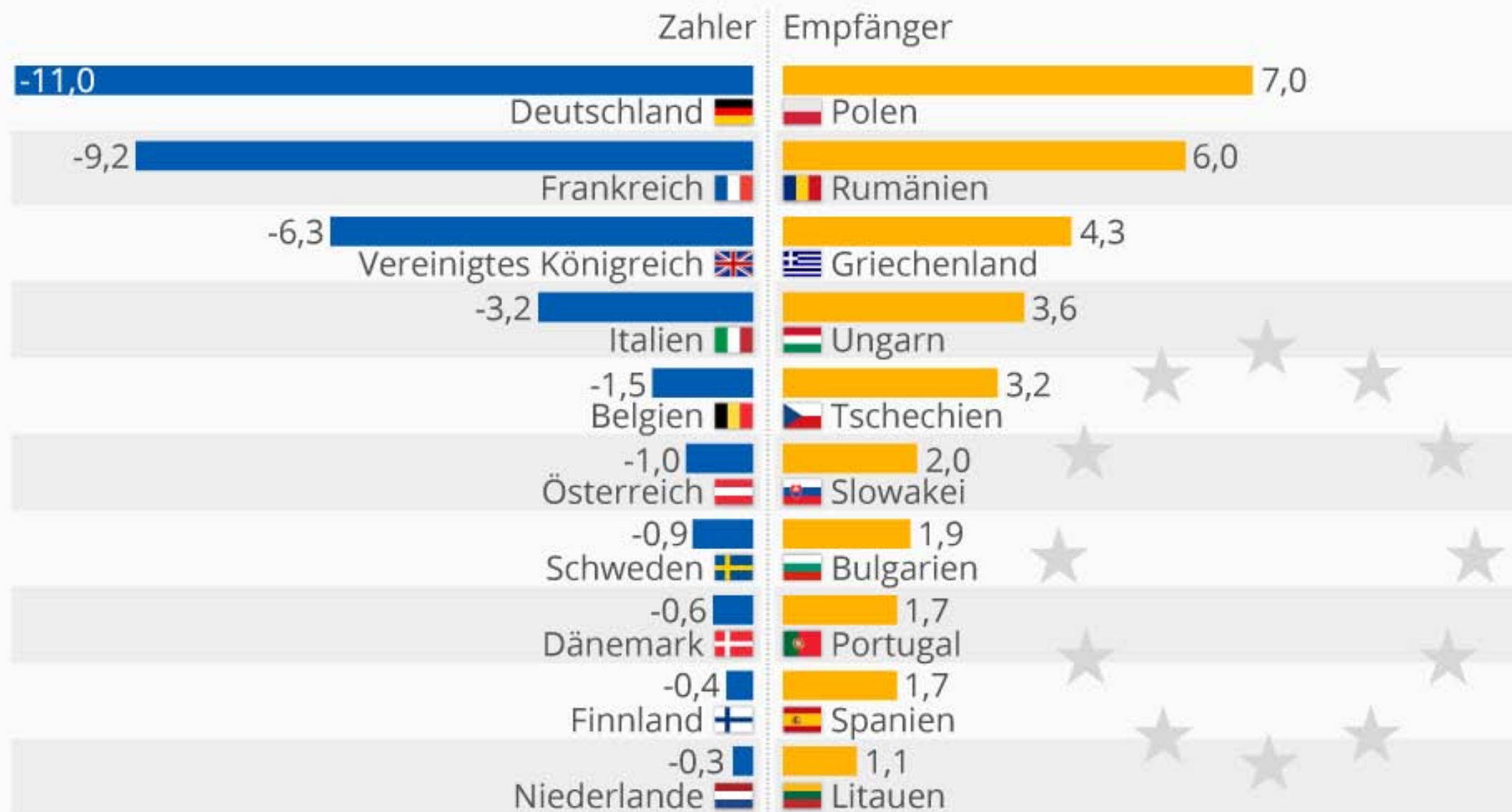
- * Eigenmittel
(Anteil nach der Wirtschaftskraft)
- * MwSt.-Eigenmittel
Anteil an nationalen MwSt.-Einnahmen
- * Traditionelle Eigenmittel
Zölle/Zuckerabgabe
- * Sonstige Einnahmen

EU-Haushalt 2018 – Mittel für Verpflichtungen
in % der Gesamtausgaben und in Mrd. Euro



Innereuropäische Transferleistungen

Größte Nettozahler und -empfänger von EU-Haushaltsgeldern im Jahr 2016 (in Mrd. Euro)



***Haushaltssalden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), verschiedene
Bezugsgrößen, 2016***

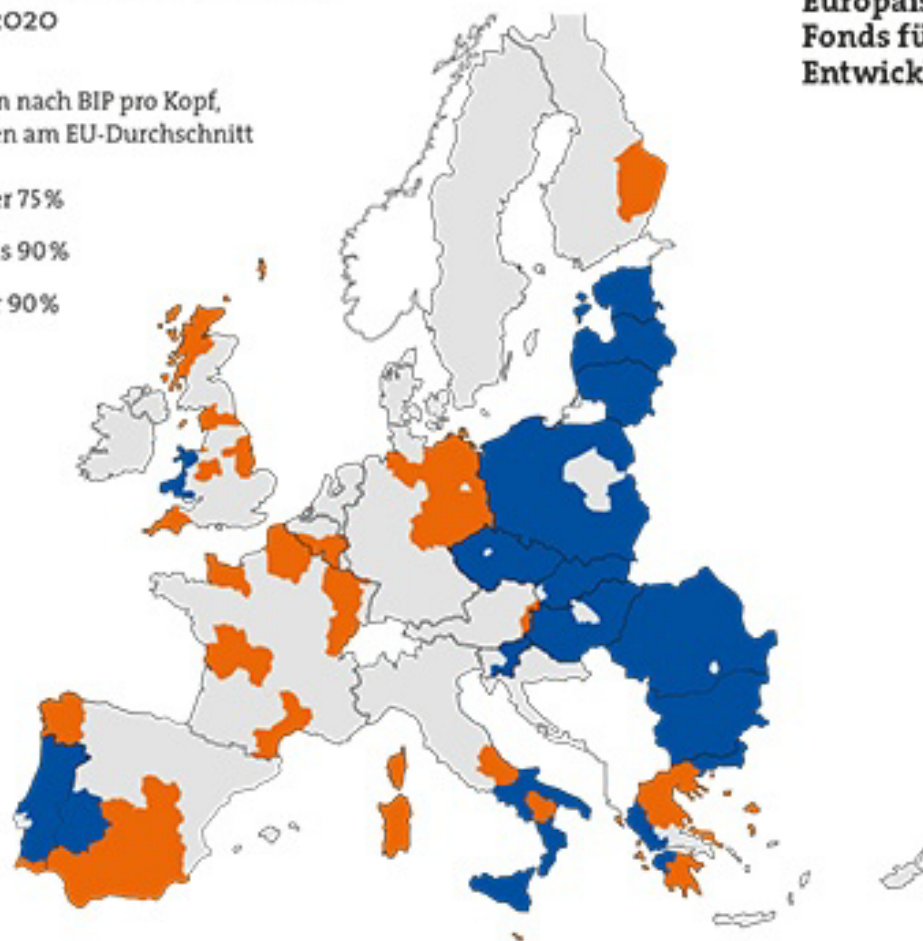
Vom Regional- und Sozialfonds profitiert auch die Metropolregion Nordwest in Deutschland

Kohäsionspolitik der EU

2014–2020

Regionen nach BIP pro Kopf,
gemessen am EU-Durchschnitt

- unter 75 %
- 75 bis 90 %
- über 90 %



Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 725 368 (aktualisiert)

Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Europäischer Sozialfonds (ESF)

Kohäsionsfonds

Ziele der Kohäsionspolitik

- Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU
- Förderung des Wirtschaftswachstums; Schaffung von Arbeitsplätzen
- Bekämpfung des Klimawandels
- Reduzierung der Energieabhängigkeit
- Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Fördermittel der Strukturfonds (EFRE, ESF)

vorgesehene Aufteilung auf:

- weniger entwickelte Regionen 182 Mrd. €
- Übergangsregionen 35 Mrd. €
- Stärker entwickelte Regionen 54 Mrd. €

Mittel des Kohäsionsfonds

für Verkehrs- und Umweltinvestitionen in den östlichen EU-Ländern sowie Portugal, Malta, Griechenland und Zypern
63 Mrd. €

Gesamtes Finanzvolumen¹: 352 Mrd. €

alle Angaben zu
Preisen von 2011

¹ inkl. der Mittel für weitere, kleine Programme

Reform mit zwei Projekten zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der EU + Stabilität in der Eurozone

1. Alternativvorschlag zum eigenständigen Eurozonen-Budget (Macron/Merkel):

Marshallplan für die EU zur Konvergenz der Wirtschaftskraft im Eurosystem / in der EU

- * Stärkung der Wirtschaftskraft (Abbau von regionalen Divergenzen)**

- * Ziel „Angleichung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ (Vorform des Finanzausgleichs)**

- * Volumen: Anteil am Euro-BIP (etwa 0,10%)**

- * Gemeinsamer Finanzminister mit Entscheidungsgremien für das Eurozonen-Budget**

2. Umbaus des ESM in einen dauerhaften Europäischen Währungsfonds (EWS)

Zu 2. **Umbau des bisherigen ESM-Beistandssystems (European Stability Mechanism) in einen dauerhaften EWF (Europäischer Währungsfonds):**

- * Bisher **ESM** (gezeichnetes Kapital 705 Mrd. € / eingezahltes Kapital 80,55 Mrd. €; Rest über Kapitalbesorgung über die Märkte; Vergabe von Finanzhilfen etwa an Griechenland und Spanien ohne Austeritäts-Auflagen)
- * Umbau ESM in **EWF**: dauerhafter „Rainy Day Fund“ (IWF), präventiv, nicht reaktiv/reparativ ausgerichtet (ESM besorgt Kapital über die Finanzmärkte zur Vergabe von Krediten; Vorschlag: ohne Konditionalität, Austeritätsauflagen)
- * Aufgabe 1: Gegen asymmetrische Schocks mit kurzfristigen Finanzhilfen reagieren.
- * Aufgabe 2: Besorgt Finanzmittel auf den Finanzmärkten für die Kreditvergabe an notleidende Länder.
- * Aufgabe 3: Übernahme der Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds der Bankenunion; Basis ist das Dreisäulenmodell der Bankenunion (siehe oben)
- * Zwischenstaatliche Arrangements (Überwachung durch Parlamente)
- * Volumen noch offen; Vorschlag IWF zur Einzahlung von 0,35% des BIP jährlich

6. Defizite bei der weiteren Vergemeinschaftung:

- * EU-Arbeitslosenversicherung (Olaf Scholz)**
- * Steuerharmonisierung (Unternehmenssteuersätze / Steuerkriminalität)**
- * Regelsystem zur Staatsinsolvenz (Beteiligung privater Gläubiger)**
- * System des Finanzausgleichs (vgl. Deutschland, „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“)**

Institutionelle Defizite: Reformen zur demokratischen Fundierung

- * Reduzierung der Mitglieder in der Kommission (derzeit Vorschlag auf 17)
- * Die drei Institutionen neu justieren: Rat der EU (Ministerrat) / Kommission / Europäisches Parlament
- * Stärkere Verankerung mit der demokratischen Entscheidungsfindung in den Mitgliedsländern
- * Diskussion über die Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips
- * Demokratisch legitimierte Macht auf der EU-Ebene: Leitbild Bundesstaat?
- * Derzeit keine Chance für ein Finanzausgleichssystem (vergleichbar mit Deutschland)

Mutmaßungen zur Zukunft der EU

1. Der Blick zurück zeigt: Krisen in der EU sind immer wieder erfolgreich genutzt worden, die EU als Politische Union nicht abubrechen, sondern weiter zu entwickeln.
2. Politisch, wirtschaftlich, sozial (allerdings zu wenig) und ökologisch zeigt der Vergleich EU gegenüber dem Szenario nationaler Politiken der einzelnen Mitgliedsstaaten, die Bilanz der EU bietet allen Beteiligten mehr Vorteile als Nachteile.
3. Die derzeitigen Defizite in den wichtigsten Politikbereichen lassen sich durch eine inhaltlich konsistente Harmonisierung der EU-Kompetenzen abbauen.
4. Dem instrumentellen Kompetenzverlust der einzelnen Mitgliederstaaten steht der Zugewinn durch Vorteile der EU gegenüber.
5. Die EU muss als Politische Union mit hohem Identifikationspotenzial für die Gemeinschaft weiter entwickelt werden.
6. Gegenüber dem Prozess des Rückzugs auf nationalstaatliche Interessen ist die EU eine Chance. Trumps America First-Imperialismus verlangt eine starke EU.
7. Entscheidend ist, die EU benötigt institutionelle Reformen zur Stärkung demokratischer Absicherung.

8. Die Zukunft der EU entscheidet sich mit einer gemeinschaftlich verantwortlichen Antwort auf die Frage nach der humanen Bewältigung der **Flüchtlingszuwanderung!**

Imperativ: Wir können in einem funktionierenden Europa nur gemeinsam zu Lösungen der Flüchtlingspolitik kommen!

Auch um das Gesamtprojekt zu retten, müssen Modelle einer EU mit zwei oder mehreren Geschwindigkeiten (auch mit Rückkehrrecht) für bestimmte Phasen diskutiert werden: Alte und potenziell neue Mitglieder müssen sich am gesellschaftlichen Leitbild des geltenden EU-Vertrags halten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit mit dem Wunsch
auf intensive Diskussionen!

